

Übersichten

Außenpolitik

*(1)

Außenpolitische Hauptereignisse d.J. 1990 aus Beijinger Sicht

1990 ist das nach dem Zweiten Weltkrieg entstandene und von den beiden Supermächten mitgetragene "Konfrontationssystem" weiter zerfallen und hat definitiv einer neuen Entwicklung, nämlich der Multipolarität, Platz gemacht. Vor allem habe die Vereinigung der beiden deutschen Staaten am 3. Oktober den Zusammenbruch des Jalta-Systems signalisiert.

Im Zeichen der Multipolarität entstanden neue Kooperationsverbindungen, aber auch neue Konflikte. So seien beispielsweise Westeuropa und Japan zu neuen Machtzentren geworden und Hand in Hand damit auch Konkurrenten geworden.

Die Dritte Welt habe sich als eine entscheidende Kraft zur Erhaltung des Weltfriedens weiter profiliert. Diese etwas merkwürdige Feststellung wird freilich durch die Besetzung Kuwaits seitens des Irak und durch den seit zwölf Jahren andauernden Krieg in Kambodscha konterkariert!

Asien werde, wie Qian Qichen vor allem vor der UNO in New York betonte (XNA, 3.10.90), einen noch wichtigeren Platz in der Welt des 21. Jhdts. einnehmen. China habe im vergangenen Jahr aktiv an der asiatisch-pazifischen Wirtschaftszusammenarbeit teilgenommen und habe die Absicht, Vollmitglied der APEC (Asia Pacific Economic Cooperation Conference) zu werden. Auch bemühe sich China, asiatische Konflikte (Irak, Kambodscha, Korea!) zu entschärfen (XNA, 29.9.90).

China habe inzwischen sein Haus wieder in Ordnung gebracht und könne auch wirtschaftliche Erfolge vorzeigen.

In den 80er Jahren habe sich sein BSP verdoppelt und in den 90er Jahren werde abermals ein Verdoppelungsprozeß stattfinden (XNA nach SWB, 21.12.90). Außenpolitisch trete China als Verfechter der Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz auf und erweise sich damit als stabilisierendes Element im internationalen System (RMRB, 26.9.90). Ganz im Gegensatz zu seiner früheren Politik mißt China heutzutage den "UN Peace-keeping Forces" eine verstärkte Rolle zu - vor allem in Kambodscha (XNA, 25.11.90).

Die positive Politik Chinas habe sich 1990 in einer Reihe von außenpolitischen Erfolgen niedergeschlagen. So habe Beijing beispielsweise diplomatische Beziehungen mit gleich vier Ländern aufnehmen können, nämlich mit Namibia, dem gerade selbständig gewordenen südwestafrikanischen Staat, mit Saudi-Arabien, mit Singapur und mit der Republik der Marshall-Inseln im Pazifik. Außerdem hat es - nach 23 Jahren Pause - seine diplomatischen Beziehungen mit Indonesien wiederhergestellt. Ferner seien die Beziehungen mit den Nachbarstaaten verbessert worden. Ministerpräsident Li Peng habe eine Reihe von asiatischen Ländern besucht (dazu die einschlägige Übersicht im vorliegenden Heft) und vor allem den Weg zu einer noch engeren Zusammenarbeit zwischen China und den ASEAN-Ländern geebnet. Ferner habe sich das sino-sowjetische Verhältnis, das ja bereits beim Besuch Gorbatschows im Mai 1989 in Beijing formell "renormalisiert" worden war, inzwischen noch weiter verbessert. Ein Anzeichen dafür sei u.a. der Moskauer Besuch Li Pengs im April 1990 gewesen. Der Besuch des KP-Generalsekretärs Jiang Zemin in der Demokratischen Volksrepublik Korea im März 1990 habe die "traditionelle sino-koreanische Freundschaft" noch weiter gestärkt. Auch mit der Mongolischen Volksrepublik habe es eine Verbesserung gegeben - ebenso wie zu einigen Ländern Südasiens und zu Japan.

Im Mai 1990 besuchte Staatspräsident Yang Shangkun fünf lateinamerikanische Länder (Mexiko, Brasilien, Uruguay, Argentinien und Chile) - es war dies der erste Besuch eines chinesischen Staatsoberhauptes in Lateinamerika. Der Vorsitzende des Ständigen Ausschusses des NVK, Wan Li, stattete ferner den Ländern Pakistan, Iran und Irak eine Visite ab. Überdies hatten die chinesischen Staatsorgane Gelegenheit, mehr als zwanzig Staats- und Regierungsoberhäupter aus Asien, Afrika und Lateinamerika zu empfangen.

Auch die Finanzbeziehungen funktionierten inzwischen erneut: Japan gewähre der VR China seit Juli 1990 wieder vollen Kredit. Am 22. Oktober 1990 beschlossen ferner die Außenminister der zwölf EG-Staaten, die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Sanktionen gegen China ab sofort einzustellen. U.a. beschloß der deutsche Bundestag am 30. Oktober, die Zusammenarbeit, die nach dem 4. Juni eingestellt worden war, wieder voll aufzunehmen. Im Dezember schließlich hatte Qian Qichen Gelegenheit, die Vereinigten Staaten offiziell zu besuchen und dort auch Gespräche mit dem US-Präsidenten zu führen. Ferner habe sich China alle Mühe gegeben, als Mitglied des Ständigen Ausschusses des UNO-Sicherheitsrats konstruktiv an der Lösung der weltweiten Probleme sowie der "heißen Punkte in einzelnen Regionen" mitzuwirken. Gegenwärtig unterhalte China diplomatische Beziehungen mit 138 Ländern und habe wirtschaftliche und kulturelle Kontakte mit mehr als 180 Ländern (XNA, 13.12.90). -we-

*(2)

Besuch Qian Qichens in Washington

Am 29. November reiste der chinesische Außenminister nach New York, um dort an einer Ministertagung des UN-Sicherheitsrats teilzunehmen. Für die nachfolgenden zwei Tage, nämlich am 30. November und am 1. Dezember, hielt er sich dann auf Einladung des US-Außenministers hin in Washington auf - und dies, obwohl offiziell nach wie vor ein noch vom Juni 1989 herrührendes US-Verbot von Begegnungen auf hoher politischer Ebene bestand. Qian wurde am Ende nicht nur von Baker, sondern auch von Präsident Bush im Weißen Haus empfangen (XNA, 30.11. und 2.12.90).

Im Mittelpunkt der Gespräche stand die Golfkrise und die Kambodscha-Frage (XNA, 1.12.90). Washington wußte es zu honorieren, daß China als eines der fünf Ständigen Mitglieder des UNO-Sicherheitsrats keine der bisherigen Golfresolutionen durch ein Veto blockiert und sich lediglich bei der militärischen Ermächtigungsresolution der Stimme enthalten hatte. Offensichtlich war dieses Verhalten dem Bemühen Qian Qichens zuzuschreiben, der es als Außenminister hatte miterleben müssen, wie sehr die Spannungen zu den USA China international in die Isolation gedrängt hatten.

Beide Seiten drückten ihre Zuversicht aus, daß es bald wieder zu einer Normalisierung der beiderseitigen Beziehungen komme. Qian betonte nach seiner Rückkehr in die Volksrepublik, daß China davon Kenntnis genommen habe, daß die amerikanische Regierung dem Schutz der Menschenrechte zentrale Bedeutung beimesse; andererseits könne China jedoch nicht hinnehmen, daß sich die USA im Namen der Menschenrechte in innere chinesische Angelegenheiten einmischten (XNA, 3.12.90).

Bei dem 45minütigen Empfang im Weißen Haus stimmten beide Seiten darin überein, daß beide Staaten "gemeinsame Interessen in vielen Fragen" hätten. Obwohl es in "einigen Bereichen noch Meinungsverschiedenheiten" bestünden, hätten sich die Beziehungen in letzter Zeit doch stark "zurück auf die normale Schiene" bewegt, und man habe sich "besser verstehen gelernt" (XNA, 2.12.90).

Kurze Zeit später gab es in Beijing milde Urteile gegen einige der "Hauptredelführer" der Studentendemonstrationen vom Mai 1989. -we-

* (3) Zwei weitere wichtige sino-sowjetische Verhandlungsrunden

Am 23. November 1990 trafen Qian Qichen und sein sowjetischer Amtskollege Schewardnadse in Ürümqi, der Hauptstadt der Autonomen Region Xinjiang, zusammen, wobei es zu einem Meinungsaustausch vor allem über die Irak-Frage kam. Beide beschlossen, hinsichtlich dieses Problems in ständigem Kontakt miteinander zu bleiben (XNA, 24.11.90).

Vom 30. November bis 21. Dezember fand die zweite Runde der Gespräche zwischen chinesischen und sowjetischen Diplomaten und Militärexperten über eine Demilitarisierung entlang der gemeinsamen Grenze statt. Erörtert wurden vor allem Fragen der Truppenreduzierung sowie vertrauensbildende Maßnahmen. Zu konkreten Vereinbarungen scheint es allerdings noch nicht gekommen zu sein. Die Gespräche waren im Zuge der Normalisierung der sino-sowjetischen Beziehungen im Mai 1989 vereinbart worden.

Beide Seiten drückten ihre Zuversicht aus, daß in Zukunft weiteres Vertrauenskapital aufgebaut werden könne (XNA, 23.12.90). Wenn erst einmal Einigkeit über die Prinzipien des Truppenrückzugs erzielt ist, dürften die konkreten Einzelheiten über das Abzugsverfahren entlang der rd. 7.000 km langen gemeinsamen Grenze rasch ausgehandelt werden.

Lange Zeit hatte die VR China der Regierung in Moskau bekanntlich drei Bedingungen für eine Renormalisierung der Beziehungen gestellt, nämlich Rückzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan, Rücknahme des Engagements in Indochina und Abbau der militärischen Präsenz entlang der gemeinsamen Grenze. Die ersten beiden Bedingungen sind bereits 1989 erfüllt worden. -we-

* (4) Vier-Länder-Tour Li Pengs

Außenpolitisch hat das Jahr 1990 im Zeichen der Nachbarschaftspolitik gestanden. Dies zeigte sich vor allem anhand der zahlreichen außenpolitischen Besuche des Ministerpräsidenten Li Peng.

Nachdem er vom 23. bis 26. April in Moskau gewesen war und dort eine Reihe von Abmachungen über verstärkte Zusammenarbeit mit dem Nachbarstaat UdSSR in den Bereichen Wirtschaft, Handel, Wissenschaft und Technik geschlossen hatte, konzentrierte er sich ganz auf asiatische Staaten:

- Im August 1990 besuchte er Indonesien, nachdem es kurz vorher nach 23jähriger Unterbrechung zur Wiederaufnahme der diplomatischen Bezie-

hungen gekommen war. Der indonesische Präsident Suharto seinerseits kam im November zum Gegenbesuch in die VR China.

- Nachdem am 3. Oktober 1990 diplomatische Beziehungen mit Singapur aufgenommen worden waren, reiste Li noch im gleichen Monat zu einem Besuch in den südostasiatischen Stadtstaat.

- Auf der gleichen Reise stattete er auch Thailand eine Kurzvisite ab, also einem Land, mit dem China eine fast deckungsgleiche Kambodscha-Politik betreibt und mit dem es auch sonst in einem harmonischen Verhältnis steht.

- Kurz vor Jahresende trat Li dann eine Vier-Länder-Tour an, die ihn nach Malaysia, auf die Philippinen, nach Laos und Sri Lanka führte. In Kuala Lumpur, wo er am 10. Dezember ankam, betonte Li, daß Chinas Außenhandel mit den ASEAN-Ländern immer stärker zugenommen habe: 1989 belief er sich auf 6,65 Mrd. US\$ und in der 1. Hälfte d.J. 1990 auf 2,83 Mrd. Damit seien die sechs ASEAN-Staaten zusammen der fünfgrößte Handelspartner Chinas. Vor allem der Handel mit Indonesien habe beträchtlich zugenommen und habe bis zum Jahresende die Grenze von 1 Mrd. US\$ knapp überschritten. In Zukunft sollten die ASEAN-Staaten auch stärker investieren. Das Investitionsklima in China habe sich weiter verbessert; insbesondere seien weitere Verbesserungen für direkte Handelsbeziehungen zwischen China und Malaysia geschaffen worden.

Das chinesisch-malaysische Handelsvolumen hatte 1989 erstmals die Schallmauer von 1 Mrd. US\$ durchbrochen. In Zukunft sollen die Flugverbindungen zwischen beiden Seiten verbessert werden.

Die Kambodscha-Frage solle *politisch* gelöst werden - am besten über eine zweite Pariser Konferenz.

Auch die Golfkrise müsse im Weg des Dialogs angegangen werden. Ein Krieg sei auf alle Fälle zu verhindern.

Vor der Industrie- und Handelskammer in Kuala Lumpur begrüßte Li Peng die Entscheidung der malaysischen Regierung, die bisher so restriktiven Reisebeschränkungen für China-

besuche abzubauen. Damit würden die 1974 aufgenommenen diplomatischen Beziehungen nun auch im Verhältnis zwischen den Bevölkerungen mit Leben gefüllt.

Am 13. Dezember traf Li in Manila ein. Auch hier gab es Gespräche über die internationale Lage. Ferner wurden Abkommen über Warenaustausch, über kulturelle Zusammenarbeit, über die Zivilluftfahrt sowie über Wissenschaft und Technologieaustausch geschlossen.

Der chinesisch-philippinische Warenaustausch liegt weitaus niedriger als der zwischen China und Indonesien oder aber zwischen China und Malaysia: 1989 belief er sich auf rd. 300 Mio., 1990 auf rd. 400 Mio. US\$.

Li Peng sagte der philippinischen Regierung zu, daß die VR China angesichts der Golfkrise ihre Öllieferungen an die Philippinen steigern und 330.000 t Rohöl liefern wolle, und außerdem überreichte er ein Freundschaftsgeschenk von 100 Omnibussen an Manila.

Präsidentin Aquino gab das Versprechen, daß Reisemöglichkeiten nach China demnächst erleichtert würden. Außerdem gab sie erneut eine Erklärung über das Alleinvertretungsrecht Beijings ab, nachdem im Zusammenhang mit der Niederschlagung des Studentenaufstands von 1989 der Verdacht aufgekommen war, daß Manila sich wieder Taibei zuwenden könnte. Vor allem war es in den vorangegangenen Monaten zu immer engeren Beziehungen zwischen Manila und Taibei gekommen, wobei die philippinische Regierung hoffte, erstens von dort höhere Investitionen zu erhalten und zweitens Arbeitsmöglichkeiten für philippinische Arbeiter auf Taiwan zu eröffnen. Präsidentin Aquino soll zu dieser Zeit angeblich bereits eine Zusage für einen Besuch in Taiwan gegeben haben. Li Peng hob in diesem Zusammenhang hervor, daß China nichts gegen solche Beziehungen einzuwenden habe; doch dürften sie nicht offiziellen Charakter annehmen.

Im Hinblick auf die US-Basen auf den Philippinen betonte Li Peng, daß China in keinem Land ausländische Militärstützpunkte wünsche, daß die Basenfrage auf den Philippinen aber von der Regierung in Manila wohl in einer

Weise gelöst werde, daß die Interessen des philippinischen Volkes gewahrt würden.

In Manila erklärte Li Peng, daß die VR China bereit sei, auch mit Brunei, also dem sechsten ASEAN-Land, diplomatische Beziehungen aufzunehmen.

In Manila traf Li Peng am 14. Dezember auch mit dem Präsidenten der dort angesiedelten Asian Development Bank zusammen.

Am 15. Dezember traf Li in Vientiane (Laos) ein. Zehn Jahre lang, nämlich von 1979 bis 1989, hatte es im Zeichen des sino-vietnamesischen Konflikts auch Spannungen zwischen China und Laos gegeben; doch dann hatten sich die Wolken gelichtet. Bis Ende 1989 hatte der bilaterale Handelsaustausch einen Wert von 7,1 Mio. US\$ erreicht und war 1990 bis zum drittletzten Quartal bereits auf 10,5 Mio. angestiegen.

Li diskutierte mit seinen Gesprächspartnern vor allem die Kambodscha-Frage und brachte seine Hoffnung zum Ausdruck, daß bald schon mit allen Ländern Indochinas gute Beziehungen bestünden - offensichtlich ein Wink an die Adresse Hanois.

Beide Seiten unterzeichneten zwei Abkommen, nämlich über die Gewährung eines zinslosen Darlehens an Laos in Höhe von 50 Mio. Yuan und über die unentgeltliche Lieferung einer Satelliten-Bodenempfangsstation an den südwestlichen Nachbarn.

Letzte Station war Sri Lanka, wo Li am 17. Dezember eintraf. China hatte seine Beziehungen zu dem südasiatischen Staat schon immer als einen Modellfall für das Verhältnis zwischen "Staaten mit verschiedenen Gesellschaftssystemen" betrachtet.

In Colombo wurde ein Abkommen über die wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit unterzeichnet, in dem u.a. vorgesehen ist, daß Sri Lanka von der VRCh einen zinslosen Kredit in Höhe von 50 Mio. Yuan erhalten soll.

Am 19. Dezember kehrte Li Peng in die VR China zurück. Er hatte, wie es zum Abschluß hieß, sein Ziel erreicht, die Beziehungen zu den asiatischen Nachbarstaaten auf eine neue Ebene anzuheben. (XNA, 14.-20.12.90) -we-

*(5)

Besuch des Emirs von Kuwait in China

Vom 26. bis 28. Dezember 1990 besuchte eine kuwaitische Delegation unter der Leitung des Emirs Ahmed Al Sabah die VR China, also ein Land, das in den vergangenen Jahren von Kuwait immer wieder beträchtliche Kredite zu günstigsten Bedingungen erhalten und mit dem Beijing stets in bestem Einvernehmen gestanden hatte.

Nun war also der Zeitpunkt der "Freundschaft in der Not" gekommen.

Die chinesischen Gastgeber überhäufeten den Emir mit Freundschaftsbeteuerungen. Der Gast wurde u.a. von Präsident Yang Shangkun, Ministerpräsident Li Peng und Parteichef Jiang Zemin empfangen. China habe von Anfang an die irakische Invasion in Kuwait und die sich anschließende Annexion verurteilt und von Bagdad den bedingungslosen Abzug aus Kuwait verlangt. Es habe als Ständiges Mitglied des UNO-Sicherheitsrats auch für sämtliche Golfresolutionen mit Ausnahme jener Resolution Nr. 678 gestimmt, die auch militärische Maßnahmen miteinbezog. Kuwait sah diese Zurückhaltung zwar nicht gern, wolle aber, wie der kuwaitische Außenminister bei einer Pressekonferenz am 27. Dezember betonte, berücksichtigen, daß "China für Gerechtigkeit" und Frieden eintrete. In der Tat wolle ja auch niemand Krieg; "aber wenn uns Krieg aufgezwungen wird, haben wir keine andere Wahl. Dann ist Krieg unvermeidlich..." Bei der Pressekonferenz wollte der Außenminister nicht ausschließen, daß China der antiirakischen Front bei einem Kriegsausbruch Waffen liefern werde. (XNA, 1., 26., 27. und 28.12.90; ausführlicher ist die Haltung Chinas zur Golfkrise in C.a., November 1990, Ü 1 dargelegt.) -we-

*(6)

Osteuropa: "Krisen, Schwierigkeiten und Arbeitslosigkeit"

In einer Pressekonferenz in Manila antwortete Ministerpräsident Li Peng auf die Frage eines philippinischen Journalisten nach seiner Beurteilung der Lage in Osteuropa, daß China Bemühungen der dortigen Völker nach einem eigenen Weg "respektiere", und

daß China auch hoffe, daß sie "ihre gegenwärtigen Schwierigkeiten bald überwinden". Gleichwohl sei die dortige Lage aus chinesischer Sicht alles andere als "bewundernswert". China werde mit den osteuropäischen Ländern und mit der Sowjetunion auf der Basis der Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz zwar weiterhin "normale Beziehungen" entwickeln, lasse sich aber von den dortigen Ereignissen nicht beeinflussen, sondern wolle weiter "auf dem Weg des Sozialismus und der jahrzehntelangen Reformen sowie der Öffnung zur Außenwelt" fort-schreiten (XNA, 16.12.90). -we-

*(7)

Staatssekretär Lengl in Beijing

Der Staatssekretär im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Siegfried Lengl, war Mitte Dezember zum 8. Deutsch-Chinesischen Treffen über Finanz- und Entwicklungshilfe nach China gereist, wobei es u.a. zur Einigung über eine Wiederaufnahme der Bonner Hilfeleistungen an China kam, die ja bekanntlich im Anschluß an das Tiananmen-Massaker von deutscher Seite eingestellt worden waren. Hauptverhandlungspartner Lengls war Vizepremier Tian Jiyun, der Lengl als "alten Freund des chinesischen Volkes" begrüßte und seine Hoffnung ausdrückte, daß es künftig wieder zu einer verstärkten wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit dem "wichtigen Handelspartner" Deutschland komme (XNA, 15.12.90). Es wurde vereinbart, auf dem Gebiet der Wirtschaft und des Handels, der Berufsausbildung und des Umweltschutzes in Zukunft wieder enger zu kooperieren.

Nur wenige Tage vorher hatte auch Großbritannien die Kreditzahlungen an die Volksrepublik wieder aufgenommen (XNA, 7.12.90). -we-

*(8)

Fortsetzung der deutschen Polizeihilfe für die VR China?

Das Gonganbu (Ministerium für öffentliche Sicherheit), das sich neben dem Militär beim Vorgehen gegen die chinesischen Studenten am 4. Juni 1989 nicht gerade rühmlich hervorgetan hat, und das vor allem mit seiner Arbeit bei der Identifizierung der studentischen

Wortführer hervorgetreten ist, war, wie nachträglich bekannt wurde, in den vorangegangenen Jahren vom deutschen Innenministerium, vom Wiesbadener BKA und von der französischen Sureté mit moderner Fahndungstechnologie, Telefonfangeschaltungen und sonstigen Polizeieinsatzmitteln ausgerüstet worden (Näheres bei Oskar Weggel, "Der chinesische Geheimdienst. Maulwürfe bei den Studentendemonstrationen", C.a., Juni 1989, S.428-432, 429). Möglicherweise hatte das BKA dem GAB auch das Rasterfahndungs-Know-how überlassen, mit dem vorher bereits gegen die "Baader-Meinhof-Bande" vorgegangen worden war.

Die Zusammenarbeit hatte auf der Basis von Absprachen stattgefunden, die im Mai 1984 anlässlich des Besuchs des damaligen Bundesinnenministers Friedrich Zimmermann in Beijing mit dem Minister für öffentliche Sicherheit, Liu Fuzhi, getroffen worden waren. Es war zu einem vielfältigen Delegationenaustausch und zur Unterrichtung über Methoden der Polizeiausbildung und Verwaltung sowie über Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung, über den Polizeieinsatz bei Demonstrationen und über den Umgang mit schwer aufspürbaren Sprengsätzen und Bomben gekommen.

Spätestens seit der Mordnacht vom 4. Juni 1989 und den sich anschließenden Ausspähaktionen gegen die Studenten wäre es an der Zeit gewesen, jeglichen Kontakt mit dem repressiven Polizeiapparat der VRCh einzustellen. In der Zwischenzeit habe jedoch, wie Jürgen Kahl von der *Süddeutschen Zeitung* (SZ, 22./23.9.90) erfahren haben will, im Mai 1990, also nur ein Jahr nach den blutigen Ereignissen, erneut eine chinesische Polizeidelegation die Bundesrepublik bereist und sei u.a. vom BKA, vom Bundesinnenministerium und von der in Hangelar bei Bonn stationierten Einheit der GSG-9 sowie im bayerischen Innenministerium empfangen worden. Dabei habe es sich um den Polizeichef von Beijing, um den stellvertretenden Leiter des für die Sicherheit der Asienspiele zuständigen Kommandostabs und um zwei Abteilungsleiter gehandelt. Außerdem sei Manfred Schreiber, ehemaliger Polizeipräsident von München und späterer (bis 1988) Abteilungsleiter im Bundesinnenministerium in Bonn, auf

Einladung des chinesischen Organisationskomitees für die Asienspiele in Beijing gewesen, um dort sein Sicherheitswissen aus der Zeit der Münchener Olympischen Spiele von 1972 zur Verfügung zu stellen. Er sei begleitet worden von seinem früheren persönlichen Referenten, Polizeihauptkommissar Werner. Beide betonten, sie hätten sich ausschließlich in "privater Eigenschaft" und "ausschließlich im Zusammenhang mit den Asienspielen" in China aufgehalten.

Daneben wurde bekannt, daß sich in der ersten Jahreshälfte 1990 ein hoher deutscher Polizeibeamter an der Beijinger Schule für Bewaffnete Polizei als Instrukteur aufgehalten habe - möglicherweise handelte es sich dabei um denselben Hauptkommissar!

Es geht nichts über "Freundschaft"! -we-

*(9)

Konsulatsgesetz

Am 30. Oktober 1990 verabschiedete der Ständige Ausschuß des VII. NVK bei seiner 16. Sitzung das aus 29 Paragraphen bestehende Konsulatsgesetz, das in allen Einzelheiten die Rechte und Pflichten ausländischer Konsuln in China regelt.

Hier handelt es sich um eine Materie, die vor dem Hintergrund der traumatischen Erfahrungen Chinas gerade im 19. Jhd. gesehen werden muß und die, obwohl China sich heutzutage in einer international völlig neuen Situation befindet, nach wie vor mit unheilvollen Erinnerungen belastet ist. Bekanntlich waren es gerade die bis 1943 bestehenden konsularischen Vorrechte der Ausländer, die unter chinesischen Nationalisten immer wieder böses Blut gemacht haben.

Bereits 1952 und 1986 hatte China einige einschlägige Bestimmungen über ausländische Konsuln herausgegeben, doch waren diese nicht umfassend genug, um der neuen Politik der offenen Tür ganz Rechnung zu tragen. Das neue Gesetz beruhe, wie Außenminister Qian Qichen betonte, im wesentlichen auf der Wiener Konvention über Konsularbeziehungen von 1963.

Konsuln müssen grundsätzlich Staatsangehörige des Landes sein, von dem sie entsandt worden sind (§ 2). Chinesen

sische Staatsangehörige können konsularische Funktionen für einen anderen Staat nur mit Sondergenehmigung der chinesischen Regierung wahrnehmen. Konsulate haben das Recht, ihre Flagge zu zeigen, sind grundsätzlich von Steuern und Abgaben befreit, sollen maximale Kommunikationsmöglichkeiten besitzen und dürfen mit Genehmigung der Regierung auch ihre eigenen Übertragungsanlagen installieren. Auch die Kuriere sind geschützt; Kurierbeutel können wieder an den Absender zurückgesandt werden, wenn der Verdacht besteht, daß sich in ihnen Gegenstände befinden, die mit der legitimen Zweckbestimmung nichts zu tun haben, z.B. Schmuggelgut oder Waffen. Das Amtsgelände darf von niemandem ohne Zustimmung des Konsulats betreten werden. Auch die Residenz der Konsuln und ihrer Familienangehörigen unterliegen einem besonderen Schutz. Konsuln können vor Gericht als Zeuge auftreten und können in Zivilrechtsfällen beklagt werden, z.B. im Hinblick auf Erbschaften oder Grundstücke in China. Hierfür gibt es keine besondere Immunität. Für Waffen muß von den chinesischen Behörden eine Sondergenehmigung eingeholt werden.

In § 7 wird ausdrücklich das Recht der Konsuln auf Bewegungsfreiheit und auf Reisen betont, es sei denn, daß Gebiete angesteuert werden, die von der chinesischen Regierung ausdrücklich tabuisiert worden sind.

Den Rechten stehen mehrere Pflichten gegenüber. Konsuln haben gem. § 24 die chinesischen Gesetze zu respektieren, dürfen sich nicht in Chinas innere Angelegenheiten einmischen und dürfen das Konsulatsgelände nicht für Zwecke benutzen, die mit konsularischen Funktionen unvereinbar sind. Außerdem dürfen sie keiner Berufstätigkeit nachgehen und schon gar keinen Handel auf chinesischem Gebiet treiben.

Gem. § 26 soll die chinesische Seite stets nach den Prinzipien der Gegenseitigkeit vorgehen und ausländischen Konsuln dieselben Sonderprivilegien einräumen, die vom Partnerland chinesischen Konsuln gewährt werden. (Der volle Wortlaut des Gesetzestextes ist abgedruckt in: XNA, SWB, 6.11.90.)
-we-

Innenpolitik

*(10)

Wichtigste innenpolitische Entwicklungen in der Volksrepublik China im Jahre 1990

Nach der blutigen Niederschlagung der Protestbewegung des Jahres 1989 und unter dem Eindruck des Zusammenbruchs der sozialistischen Regime in Osteuropa bildete sich in der politischen Führung der Volksrepublik China eine Notgemeinschaft zur Wahrung der Macht und Pfründe der kommunistischen Elite. Ihr gehören sowohl konservative Reformkräfte (Wahlspruch 'Wirtschaftliche Liberalisierung ja, politische Liberalisierung nein!') als auch Sowjetmodell-Sanierer und orthodoxe Marxisten-Leninisten an. Diese konservativ-orthodoxe Koalition kann sich jedoch nur auf ein Minimalprogramm einigen, das sich im wesentlichen auf den Versuch beschränkt, mit Hilfe der Armee und anderer Sicherheitskräfte an der Macht zu bleiben und ihre Machtstellung mit Hilfe des Propagandaapparats zu legitimieren. Das heißt, auf politischem Gebiet besteht Einigkeit nur in der Frage der Erhöhung der Anstrengungen zur Wahrung der inneren Sicherheit und der Verstärkung orthodoxer kommunistischer Propaganda.

Völlig uneins waren sich die kommunistischen Machthaber in der endgültigen Behandlung des Ende Mai 1989 gestürzten früheren ZK-Generalsekretärs Zhao Ziyang, gegen den die parteiinternen "Untersuchungen" auch anderthalb Jahre nach seinem Sturz nicht abgeschlossen werden konnten. Große Uneinigkeit scheint nach wie vor auch in der Bewertung der Protestbewegung und ihrer Niederschlagung durch Armeeverbände zu bestehen. Dies wird allein an der unterschiedlichen Sprachregelung selbst innerhalb der Artikel des ZK-Organs *Volkszeitung* deutlich: Die Bezeichnungen reichen von "politischem Zwischenfall" (zhengzhi fengbo), über "Aufruhr" (dongluan) bis zu "konterrevolutionärer Rebellion" (fan-geming baoluan).

Auf wirtschaftspolitischem Gebiet zeigte sich die politische Führung lediglich in der Bejahung der Fortset-

zung der außenwirtschaftlichen Öffnung einig. In der Frage der Wirtschaftsreform bestehen hingegen - trotz gegenteiliger verbaler Beteuerungen - weiterhin grundsätzliche programmatische Meinungsunterschiede sowie fundamentale Interessendivergenzen, so daß die konservativ-orthodoxe Koalition nicht in der Lage ist, eine konsequente Wirtschaftspolitik zu beschließen und zu verwirklichen. Im Verlauf des Jahres 1990 gelang es weder den orthodoxen Kräften, vollständig zur zentralstaatlichen Befehlsplanung zurückzukehren, noch konnten die marktwirtschaftlich orientierten Reformkräfte ihr Wirtschaftsreformkonzept wiederbeleben. So wird seit Herbst 1988 nach einem wirtschaftspolitischen Mischkonzept verfahren, in dem die zentrale Planung und das Staatseigentum eindeutige Priorität gegenüber marktwirtschaftlichen Elementen und Privateigentum haben sollen.

Allerdings treffen die Versuche der Rezentralisierung bürokratischer Entscheidungsbefugnisse über den wirtschaftlichen Sektor auf hartnäckigen Widerstand der Provinzbürokratien, die die Wirtschaftsreform für ihre eigenen Macht- und Pfründeinteressen ausgenutzt hatten. Die Provinzbürokratien waren z.B. dafür verantwortlich, daß die von den Reformkräften in der Zentrale geforderte Entbürokratisierung des betriebswirtschaftlichen Sektors anscheinend in den meisten Fällen in einer bloßen Dezentralisierung bürokratischer Entscheidungsbefugnisse über die Staatsbetriebe endete: Die zentrale Wirtschaftsbürokratie verlor an Macht, jedoch nicht zugunsten einer ursprünglich von den Reformkräften in der Zentrale beabsichtigten größeren Unabhängigkeit der Unternehmen, sondern zugunsten einer stärkeren Position der Wirtschaftsbürokratien auf Provinzebene.

So hat der Konflikt über die Wirtschaftsreform nicht nur einen politisch-programmatischen Hintergrund, sondern wird auch durch große Interessengegensätze zwischen der zentralen Bürokratie und den Provinzbürokratien noch erheblich kompliziert. Besonders kraß sind die Interessenkonflikte in der Frage der Verteilung der staatlichen Finanzmittel: Die im Prozeß der wirtschaftlichen Dezentralisierung ärmer gewordene Zentrale will vor allem die reichen Süd- und Ost-